

Über Beihilfe konträre Ansichten

Die Verbesserung der Beteiligungsrechte von Spitzenorganisationen sowie eine Änderung der Beihilfenverordnung standen im Mittelpunkt der Debatte über das „Dritte Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ (Drs. 9/2284). Bei der 1. Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung gingen vor allem über die Beihilfe die Meinungen der Fraktionen von SPD und CDU auseinander.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) teilte mit, der Gesetzentwurf sehe Änderungen des Landesbeamtengesetzes, Landesrichtergesetzes, Landesministergesetzes und des Abgeordnetengesetzes vor. Ein Schwerpunkt liege in der Verbesserung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Berufsverbände. Die Verfahrensgrundsätze würden kodifiziert und verbessert. Ausdrücklich werde hervorgehoben, daß im Beteiligungsverfahren die obersten Landesbehörden und die Spitzenorganisationen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet seien. Dazu gehörten auch Gespräche mit den Ressortministern. Der Minister fuhr fort, eine weitere bedeutende Änderung sei die Ergänzung der Personalstruktur der wissenschaftlichen Hochschulen durch beamtete wissenschaftliche Mitarbeiter auf Zeit. Diese Beamten sollten diejenigen wissenschaftlichen Dienstleistungen erbringen, die früher von Oberingenieuren im Beamtenverhältnis auf Widerruf erbracht worden seien. Der Gesetzentwurf sehe die Einfügung von akademischen Räten und Oberräten im Beamtenverhältnis auf Zeit vor. Der Entwurf sehe ferner eine Änderung der Beihilfenverordnung vor.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) erklärte, die CDU-Fraktion begrüße jene von der Regierung vorgeschlagene Verbesserung im Beteiligungsrecht der Spitzenverbände. Um so weniger könne die CDU jedoch der Neuregelung des Beihilfenrechts zustimmen. Der Gesetzentwurf müsse als völliges Versagen eines zur Fürsorge gegenüber seinen Bediensteten verpflichteten Dienstherrn angesehen werden. Es sei unverträglich, diesen empfindlichen und verbesserungswürdigen Bereich sozialer Sicherheit willkürlich bei Sparaktionen dauerhaft zur Disposition zu stellen.

Johannes Gorlas (SPD) sagte: „Wir müssen feststellen, daß keine der Bundesregierungen in den letzten 33 Jahren, also seit Bestehen unserer Republik, es zuwege brachte, für den öffentlichen Dienst wirklich ein einheitliches und modernes Dienstrecht auf die Beine zu bringen.“ Es müsse einmal die Frage gestellt werden, warum die Beamten in Krankheitsfragen nicht genau wie Arbeiter und Angestellte behandelt würden. Es könne doch nicht „unsere Aufgabe“ sein, durch eine irgendwie historisch begründete Krankenversorgung zu Lasten der Beamten das Einkommen der Ärzte zu sichern.

Porträt der Woche



Willi Wessel (SPD)

Er gehört zu denen, die anpacken können. Für ihn sind Probleme da, um sie zu lösen. Nicht lange reden, handeln. Oder auch: Wenn Menschen Fragen haben, geduldig zuhören, gemeinsam überlegen. Aber auf keinen Fall um sich die Mauer von Vorurteilen aufbauen. Das ist Willi Wessel aus Herten. Das heißt: Eigentlich ist er Niedersachse; aber wer kann schon im Ruhrgebiet sagen, er sei ein seit Generationen dort Ansässiger? Das Revier ist Willi Wessel längst Heimat geworden. Mit 15 Jahren schon kam er hierher. Warum? „Ich wollte eine vernünftige Ausbildung haben und Arbeit.“ Er ging in den Bergbau und zog bald darauf auch die väterliche Familie nach. Denn in dieser neuen Heimat wird nicht gefragt, woher jemand kommt oder wohin er geht. Hier wird gefragt, was er kann, was er leistet. Ein Feld, so richtig geschaffen für Männer wie Willi Wessel. Kein Wunder, daß der Berglehrling auf der Zeche „Schlägel und Eisen“ schnell Anerkennung fand und er bald zum Jugendsprecher gewählt wurde. Angelpunkt war das Lehrlingsheim mit seinen 600 Insassen. Dort lernte er schnell die Probleme der Jugendlichen kennen – in der Arbeit wie in der Freizeit. Aber er lernte sie nicht nur kennen, sondern setzte sich dafür ein, daß Mißstände aufgehoben wurden, zum Beispiel die Lesebänder, an denen Sommer wie Winter, in brütender Hitze oder zugiger Kälte, in Lärm und Staub bis zu 100 „Auszubildende“ standen, um das Gestein von der Kohle zu trennen. Da wurde auch das soziale Gespür von Wessel gespürt und geformt.

Mit 21 Jahren war er im Betriebsrat – einer der jüngsten Räte im Revier. Sechs Jahre später – wieder als Jungster – Betriebsratsvorsitzender im Steinkohlenbergbau. Das war kein Ehrgeiz nach Posten, sondern die Verpflichtung, die ihm seine Arbeitskollegen schon früh übertrugen, weil sie wußten: Durch ihn fühlen sie sich am besten vertreten.

Seit dem 15. Lebensjahr ist Wessel in der Gewerkschaft, selbstverständlich in der IGBE, und mit dem 18. Jahr ging er in die SPD, ebenso selbstverständlich, geprägt von Elternhaus und Arbeitswelt. Aber dafür hatte er sich ein besonderes Datum ausgesucht: den Tag der Arbeit, den 1. Mai 1955. Seit 1975 ist er Bürgermeister der Stadt Herten – noch eine

Pflicht mehr für den Betriebsdirektor für Personal- und Sozialfragen. Auch das wurde er bei Gründung der Ruhrkohle AG 1970 als Jungster.

Herten ist eine schwierige Stadt mit vielschichtigen Sorgen. Dort wird in den drei Zechen soviel Kohle gefördert wie im ganzen Saarland zusammen, 50 Prozent aller Arbeitsplätze sind im Bergbau. Jeden Tag steht Wessel vor der Frage, wie der Dreiklang Industrie – Wohnen – Leben in der 70000-Einwohner-Stadt harmonischer zum Klingen zu bringen ist. „Bürgermeister bin ich am liebsten“, bekennt er. Aber weil er dieses Amt mit soviel Engagement ausfüllt, ist Willi Wessel auch für die Arbeit im Düsseldorf-Landesparlament geradezu prädestiniert. Denn hier will und kann er seine kommunalpolitische Erfahrung einbringen und dafür sorgen, daß nicht unnötiges Papier produziert wird und leere Vorschriften, sondern Verordnungen oder Gesetze, die „draußen im Land auch in die Praxis umgesetzt werden können“. Da ist es dann auch verständlich, daß für Hobbys wenig Zeit bleibt. Gerne würde er im Garten wirken – „aber das muß ich leider meiner Frau oder den drei Söhnen überlassen“. Ein wenig Entspannung findet er beim Kartenspiel. Schon Tradition – und Ausgleich – ist der Skat mit dem politischen Gegner nach der Ratssitzung. Zu Hause zieht er Doppelkopf vor.

Die größte Herausforderung, die er mit seiner Stadt jetzt bestehen muß, ist die Problematik der Bergehalden. Aber da ist sich Willi Wessel ganz sicher: Auch das wird er mit seinen Freunden und den Bürgern schaffen. Und Freunde hat er sehr viele: Man kennt sich in Herten. Und die Hertener kennen ihn, ihren Bürgermeister Willi Wessel. Wilm Herlyn